

HAMBURG TRAUT SICH WAS

Sämtliche hier dargestellten Postkarten sind Anfang 2021 entworfen und gedruckt worden. In größeren Abständen wurden die Postkarten an die Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft versandt, mit Ausnahme der Karte zu den Ombudsstellen.

Nach Einführung des Bürgergelds haben wir uns entschlossen diese noch einmal zu versenden, da sie sowohl thematisch, als auch inhaltlich weiterhin Gültigkeit besitzen.

Um Kenntlich zu machen, dass sich aus unserer Sicht nichts an den Forderungen und den Lösungsansätzen für die Stadt Hamburg, durch die Einführung eines neuen Namens - nämlich Bürgergeld - geändert hat, haben wir alle Karten mit dem Vermerk: Hartz IV heißt jetzt Bürgergeld abgestempelt...

Hamburg, 26.01.2023



Ein neuer Umgang mit Sanktionen: Hamburg verzichtet darauf!

Das soziokulturelle Existenzminimum ist im wahrsten Sinn des Wortes so gering, dass sich eine Unterschreitung verbietet, und weil es in den Jobcentern keine fairen Verhandlungsmöglichkeiten gibt, macht Hamburg einen mutigen Schritt!

Auf Sanktionen wird gänzlich verzichtet.

Und das geht so: Die FHH ist ein Teil der Gemeinsamen Einrichtung Jobcenter team.arbeit.hamburg und nimmt in der Trägerversammlung großen Einfluss auf die Verwaltungspraxis. Hier wird die Weisung erlassen, dass das Jobcenter t.a.h. auf Sanktionen verzichtet. Nach dem Urteil des BVerfG vom fünften November 2019 müssen die Jobcenter

bezogen auf Sanktionen Ermessen ausüben. Dafür sorgt Hamburg jetzt! Das Jobcenter übt sein Ermessen ab sofort so aus, dass Sanktionen wegen der damit verbundenen Unterschreitung des soziokulturellen Existenzminimums und der negativen Effekte für unverhältnismäßig und ungeeignet erklärt werden. Soziale Teilhabe, berufliche Entwicklung von Leistungsberechtigten sowie deren Kooperation mit dem Jobcenter sind mit Sanktionen nicht zu erreichen.

Hamburg setzt auch beim Ausüben des Leistungsrechts Kürzungen nach §1a eigenständig aus. Diese Entscheidung liegt in der Macht der Bundesländer.

Wär das nicht was, Herrgott, was?

Hartz IV
heißt jetzt
Bürgergeld

Bereit, wenn Ihr es seid!



Ein Beitrag von www.hamburgtrautsichwas.de

Soziale
Politik für
Alle!



Weil Hamburg seine Verantwortung kennt!

Mit Respekt!



Hamburg richtet eine
Ombudsstelle
für alle Empfänger:innen
von Sozialleistungen ein.

Mit starken Ideen voran

HAMBURG
TRAUT
SICH
WAS

Die Ombudsstelle kommt!

Hamburg richtet eine Ombudsstelle SGB II ein, weil alle Versuche von Leistungsberechtigten und Fachleuten, sich mit dem Jobcenter über systematische, sich wiederholende Fehler und ihre Abschaffung zu verständigen, nicht erfolgreich waren. Es hat sich herausgestellt, dass das Beschwerdesystem der Jobcenter nicht ausreicht. Eine Ombudsstelle dagegen ist unabhängig vom Jobcenter und neutral. Sie gleicht das Machtgefälle zwischen Behörde und Leistungsberechtigten im SGB II aus. Eine Ombudsstelle erkennt die Erfahrungen, die Menschen im Jobcenter machen an, und hört den Menschen zu. Sie stärkt Beteiligungsrechte von Antragsstellenden und Leistungsberechtigten und vermittelt in Konflikten mit dem Jobcenter. Sie dokumentiert wiederkehrende Probleme. Sie stellt Öffentlichkeit über die Praxis im Jobcenter her und liefert Grundlagen für eine Diskussion darüber in der Bürgerschaft und in

Debatten zur Überwindung von Hartz IV.

Soziale Beratungsstellen sind parteilich dem Auftrag der Ratsuchenden verpflichtet, der in der Regel auch Aufgaben und Orientierungsfragen beinhaltet, die über den Rahmen des SGB II hinausgehen. Die unabhängige Ombudsstelle in Hamburg ist eine eigenständige Organisation mit hauptamtlichem Personal und entsprechenden Ressourcen. So zeigt Hamburg seinen Respekt vor den Menschen, die auf Arbeitslosengeld II angewiesen sind.

Ein Beitrag von www.hamburggruener.de

Hartz IV
heißt jetzt
Bürgergeld

Wär das nicht was, rotgrüner Senat?

Bereit, wenn Ihr es seid!



Soziale
Politik für
Alle!



Weil Hamburg seine Verantwortung kennt!

Mit Respekt!



Hamburg macht den hvv
für Empfänger:innen von
Sozialleistungen kostenfrei.

Mit starken Ideen voran

HAMBURG
TRAUT
SICH
WAS

Hamburg macht den HVV kostenfrei!

Für alle Empfänger:innen von Sozialleistungen.

Die Fahrpreise im HVV sind im bundesweiten Vergleich des ÖPNV sehr teuer. Auch Menschen mit niedrigem Einkommen haben ein Recht auf Mobilität. Deswegen wird Hamburg die bisher geltenden Regelungen des Sozialrabatts abschaffen und sagt stattdessen:

Freie Fahrt für alle, die Sozialleistungen beziehen!

Hamburg hat erkannt: Der Sozialrabatt in Höhe von 22,60 € im Monat, der bisher als Zuschuss zu Monatskarten gezahlt wird, verbilligt die Monatskarte für den Geltungsbereich Hamburg A-B im Abo lediglich von 92,40 auf 69,80 € und ohne Abo von 112,80 auf

90,80 €. Auch aus Sicht der Stadt ist das viel zu teuer! Bei der Berechnung des Regelsatzes im Arbeitslosengeld II wird von Ausgaben für Verkehr in Höhe von gerade mal 40 € im Monat ausgegangen.

Hamburg übernimmt soziale und ökologische Verantwortung!

Hamburg traut sich was und macht mit dem Gratis HVV für Sozialleistungsempfänger:innen einen ersten Schritt in Richtung HVV gratis für alle... for future.

Ein Beitrag von www.hamburggruener.de

Hartz IV
heißt jetzt
Bürgergeld

Wär das nicht was, rotgrüner Senat?

Bereit, wenn Ihr es seid!



Weil Hamburg seine Verantwortung kennt!

Mit Respekt!

HAMBURG
TRAUT
SICH
DAS



Soziale
Politik für
Alle!

Hamburg übernimmt
die Energiekosten für
Empfänger:innen von
Sozialleistungen.

Mit starken Ideen voran

Hamburg übernimmt die Energiekosten für Empfänger:innen von Sozialleistungen.

Mit starken Ideen voran!

Die Stromkosten explodieren und werden Sozialleistungsberechtigte und Haushalte mit niedrigem Einkommen besonders stark belasten. Die Regelbedarfe der Grundsicherungen, aus denen Leistungsbeziehende z.B. die Stromkosten zahlen müssen, sind vollkommen unzureichend. Das sieht auch die Stadt Hamburg so.

Hier hilft sie zu Jahresbeginn schnell und unkompliziert mit einem Sofortprogramm, die größte Not zu lindern und durch eine monatliche Soforthilfe von mindestens 50 € Haushalte vor dem Bankrott zu retten. Für besonders stark betroffene Haushalte, die z.B. ihr Warmwasser über Strom aufbereiten, fordert die Stadt Hamburg die Jobcenter auf, unkompliziert einen Mehrbedarf nach §24 (6) SGB II anzuerkennen und

einen höheren Strom- und Warmwasserkostenbedarf monatlich als Zuschuss zu gewähren.

Aber Hamburg will mehr tun! Die Sozialbehörde überarbeitet die Fachanweisung für die Neuanschaffungen von Haushaltsgeräten und bewilligt nur noch energieeffiziente Geräte. Sie zahlt die entsprechenden Kosten unbürokratisch an alle Haushalte aus. Wechselmuffler:innen zahlt sie zusätzlich 100 € Startkapital, um endlich voran zu kommen.

Die Stadt Hamburg beteiligt bundesweit für bedarfsgerechte Ausgestaltung der Regelbedarfe und der Stromkosten ein.

Ein Beitrag von www.hamburggrundsicherung.de

**Hartz IV
heißt jetzt
Bürgergeld**

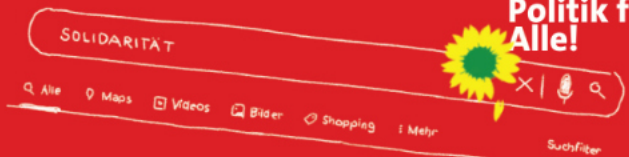
Wär das nicht was, tol-grüner Serlat?
Bereit Wärm'nes seid!



Weil Hamburg seine Verantwortung kennt!

Mit Respekt!

HAMBURG
TRAUT
SICH
DAS



Es wurden keine mit deiner Suchanfrage - SOLIDARITÄT - übereinstimmenden Dokumente gefunden.

Vorschläge:

- Achte darauf, dass alle Wörter richtig geschrieben sind.
- Probiere es mit anderen Suchbegriffen.
- Probiere es mit allgemeineren Suchbegriffen.

Hamburg finanziert
endlich digitale Endgeräte
für alle Empfänger:innen
von Sozialleistungen.

Mit starken Ideen voran

Hamburg gewährt einen Zuschuss von 300,- € zur Anschaffung von Computern für alle Berechtigten von Sozialleistungen.

Hamburg korrigiert seine Entscheidung von 2020, die Gewährung der Anschaffungskosten für Laptops an die Arbeitssuche zu koppeln. Nur diejenigen Erwerbslosen, die nachweisen konnten, einen Laptop für die Arbeitssuche zu nutzen, kamen in den Genuss des Zuschusses. Das betraf in Hamburg bisher nur knapp 600 Menschen. Dafür wurden sie vom Jobcenter verstärkt unter Druck gesetzt, viele Bewerbungen zu schreiben. Das nach der bisherigen Regelung finanzierte Datenvolumen von 30,- € pro Monat wurde auf ein halbes Jahr beschränkt.

Alle anderen Leistungsberechtigten, z.B. Teilnehmer:innen an einem Deutschkurs, gingen leer aus, obwohl der Bedarf nach digitalen Endgeräten gerade in der Coronakrise überall eklatant ist. Viele Kinder

brauchen die Geräte allein schon für den Schulunterricht. In öffentlichen Wohnunterkünften gibt es häufig noch nicht einmal WLAN.

Jetzt wird der Zuschuss von 300,- € pro leistungsberechtigter Person ohne weitere Bedingungen von den Jobcentern gezahlt, ebenso für ein kontinuierliches monatliches Datenvolumen von 30,- €.

Die Stadt Hamburg übernimmt somit Verantwortung für die unverzichtbare digitale Ausstattung der auf Sozialleistungen angewiesenen Familien, um auch im Bereich digitaler Bildung mehr Chancengerechtigkeit herzustellen.

Ein Beitrag von www.hamburggrundsicherung.de

**Hartz IV
heißt jetzt
Bürgergeld**

Wär das nicht was, tol-grüner Serlat?
Bereit Wärm'nes seid!

